

Übersicht



Hilden

Der Bürgermeister
Hilden, den 09.11.2023
AZ.:

WP 20-25 SV GL/003

Antragsvorlage

Antrag der AfD-Fraktion; Für unsere deutsche Muttersprache - Gegen ideologische Sprachvorschriften in der Stadtverwaltung Hilden

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
AfD			
BA			
Allianz			
Ratsmitglied Erbe			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

Organisatorische Auswirkungen

☐ ja
☐ ja

☒ nein
☒ nein

☐ noch nicht zu übersehen
☐ noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Hilden

22.11.2023

Entscheidung

199-23 Antrag AfD Sprachvorschriften in der Stadtverwaltung

Antragstext:

Appell an den Bürgermeister

1. Die Stadtverwaltung Hilden verwendet ab sofort in ihren Schriftstücken und Veröffentlichungen keine Gender-Sprache mehr.
2. Der Stadtrat Hilden stellt fest, dass Sprache eines der wichtigsten Ausdrucksmittel der Menschen ist und eine Beeinflussung der Verwaltungsmitarbeiter zum Beispiel mittels Gender-Sprech-Leitfaden abzulehnen ist.
3. Mitarbeiter der Stadtverwaltung, welche die amtliche deutsche Rechtschreibung nutzen, dürfen keine Nachteile erfahren

Erläuterungen zum Antrag:

Problem und aktuelle Lage

Linke Gruppen versuchen seit einigen Jahren an deutschen Behörden, Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen sowohl „gendergerechte“ Schreib- als auch Sprechweisen durchzusetzen. Andersdenkende werden in diesen Bereichen teilweise unter Druck gesetzt, die von oben verordnete ideologische Sprache zu übernehmen, da sonst Nachteile (z.B. schlechte Bewertungen bzw. Punktabzug)¹ drohen:

„Studenten schreiben aus Angst vor schlechten Noten widerstrebend in der Gender-Sprache; Forscher, die etwa Anträge bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG stellen, fürchten Schwierigkeiten, wenn sie nicht alle Texte durchgendern; selbst in Schulen kommt es immer häufiger vor, dass Lehrer den Kindern mindestens nahelegen, zu gendern – trotz eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz, dass die amtliche Rechtschreibung zu lehren ist.

Eine Gleichberechtigung wird allerdings nicht durch die Erschaffung von Begriffen wie „zu-Fuß-Gehende“, „Fahrrad-Fahrende“, „Studierende“, oder „Bürger*Innenmeister*in“ erreicht, sondern trennt die Menschen.

Das grammatikalische Geschlecht eines Wortes steht in der deutschen Sprache nicht zwangsläufig in einem Zusammenhang mit dem biologischen Geschlecht oder der sexuellen Vorliebe. So kann „die Person“ und „die Führungskraft“ auch ein Mann sein und „die Teilnehmer“ kann eine Gruppe von Männern und Frauen umfassen.

65 Prozent der Deutschen „lehnen etwa Formulierungen wie Zuhörende statt Zuhörer und die Nutzung des großen Binnen-Is (WählerInnen) in der Schriftsprache ebenso ab, wie eine Kunstpause vor der zweiten Worthälfte (Pendler_innen) in der gesprochenen Sprache.

Eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen ergab, dass 71 Prozent der Bürger Gendersprache in den Medien ablehnen.⁴ Selbst unter den Anhängern der Linkspartei und den Grünen lehnt jeweils eine Mehrheit die Gender-Sprache ab.⁵

Im privaten Raum kann jeder schreiben und sprechen, wie er möchte, eine Ideologisierung unserer Muttersprache durch staatliche Stellen ist jedoch einer Demokratie unwürdig und daher abzulehnen.

Für die Fraktion der Alternative für Deutschland gilt, dass Sprache zusammenführen und einen soll und nicht von oben einer politischen Ideologie unterworfen werden darf.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Kommunen sind aufgrund des bestehenden kommunalen Selbstverwaltungsrechtes aus Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) frei bei der Entscheidung, ob und wie sie gegebenenfalls gendersensibel kommunizieren möchten. In der Verwaltungsvorstandssitzung am 05.09.2023 hat sich der Verwaltungsvorstand für die Einführung der gendersensiblen Sprache ausgesprochen.

Sprache beeinflusst, wie wir die Welt sehen. Sie prägt unsere Rollenbilder und den gesellschaftlichen Diskurs. Eine inklusive Wortwahl kann sprachliche Diskriminierung vermeiden und Geschlechtergerechtigkeit fördern. Die Stadt Hilden will allen Menschen - weiblich, männlich und divers - wertschätzend und respektvoll begegnen. Dazu gehört eine Sprache, die alle ein- und niemanden ausschließt, die sachlich korrekt, verständlich, einfach und klar ist. Deshalb hat sich die Stadtverwaltung Hilden dazu entschieden, gendersensible Sprache zu verwenden.

Das Landesgleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LGG NRW) enthält explizite Vorgaben zur gleichberechtigten sprachlichen Repräsentation von Frauen und Männern. In § 4 LGG NRW heißt es: „Gesetze und andere Rechtsvorschriften tragen sprachlich der Gleichstellung von Frauen und Männern Rechnung. In der internen wie externen dienstlichen Kommunikation ist die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu beachten. In Vordrucken sind geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen zu verwenden. Sofern diese nicht gefunden werden können, sind die weibliche und die männliche Sprachform zu verwenden.“

Das Bundesverfassungsgericht hat 2017 geurteilt (BvR 2019/16), das zusätzlich zur Gleichstellung von Frauen und Männern auch diejenigen gleich zu behandeln sind, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen. Der Einsatz des generischen Maskulinums, dass Frauen und Menschen anderer Geschlechter „mitmeint“ ist daher abzulehnen. Die Stadtverwaltung Hilden handelt danach.

Die Verfassungskonformität staatlichen Sprachhandelns zu garantieren, ist staatliche Aufgabe und Pflicht, bei welcher der Rechtschreibrat (schon mangels Rechtsetzungskompetenz und Grundrechtsbindung) nur unterstützend tätig werden kann.

Der Vollständigkeit weise ich darauf hin, dass das Thema auch in der 4. Fortschreibung des Gleichstellungsplanes aufgegriffen und beschrieben worden ist, mit dem Auftrag, einen Leitfaden „Sprache“ durch den Verwaltungsvorstand als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung zu beschließen. Der Gleichstellungsplan wurde in der Sitzung am 13.12.2022 einstimmig beschlossen.

Mit dem Leitfaden zur gendersensiblen Sprache fördert die Hildener Stadtverwaltung, wie auch die Städte Köln, Dortmund, Bonn, Mönchengladbach, die Kreisverwaltung Mettmann oder Wülfrath, um nur einige zu benennen, die Geschlechtergerechtigkeit. Sie setzt sich damit einmal mehr gegen Diskriminierung ein und trägt zu einheitlichem Verwaltungshandeln bei. Ihren Appell weise ich daher aus den o. g. Gründen zurück.

Zu 3. bleibt zu erwähnen, dass die Umsetzung als ein Prozess ist, der Übung und Entwicklung fordert. Dieser Prozess soll jedoch nicht von Perfektionismus, sondern vom Ziel alle Menschen gleichberechtigt zu behandeln, geprägt sein. Insofern werden Mitarbeitende keine Nachteile erfahren, aber Unterstützung und Hinweise erhalten, wie gendersensibel formuliert werden kann.

gez.
Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:

Keine.

Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Hilden am 22.11.2023

der Fraktion der AfD

Für unsere deutsche Muttersprache - Gegen ideologische Sprachvorschriften in der Stadtverwaltung Hilden

A Appell an den Bürgermeister

1. Die Stadtverwaltung Hilden verwendet ab sofort in ihren Schriftstücken und Veröffentlichungen keine Gender-Sprache mehr.
2. Der Stadtrat Hilden stellt fest, dass Sprache eines der wichtigsten Ausdrucksmittel der Menschen ist und eine Beeinflussung der Verwaltungsmitarbeiter zum Beispiel mittels Gender-Sprech-Leitfaden abzulehnen ist.
3. Mitarbeiter der Stadtverwaltung, welche die amtliche deutsche Rechtschreibung nutzen, dürfen keine Nachteile erfahren.

B Problem und aktuelle Lage

Linke Gruppen versuchen seit einigen Jahren an deutschen Behörden, Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen sowohl „gendergerechte“ Schreib- als auch Sprechweisen durchzusetzen. Andersdenkende werden in diesen Bereichen teilweise unter Druck gesetzt, die von oben verordnete ideologische Sprache zu übernehmen, da sonst Nachteile (z.B. schlechte Bewertungen bzw. Punktabzug)¹ drohen:

„Studenten schreiben aus Angst vor schlechten Noten widerstrebend in der Gender-Sprache; Forscher, die etwa Anträge bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG stellen, fürchten Schwierigkeiten, wenn sie nicht alle Texte durchgendern; selbst in Schulen kommt es immer häufiger vor, dass Lehrer den Kindern mindestens

¹ <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/gendern-an-der-uni-student-an-der-uni-kassel-ueber-punktabzug-17282305.html>

nahelegen, zu gendern – trotz eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz, dass die amtliche Rechtschreibung zu lehren ist.“²

Eine Gleichberechtigung wird allerdings nicht durch die Erschaffung von Begriffen wie „zu-Fuß-Gehende“, „Fahrrad-Fahrende“, „Studierende“, oder „Bürger*Innenmeister*in“ erreicht, sondern trennt die Menschen.

Das grammatikalische Geschlecht eines Wortes steht in der deutschen Sprache nicht zwangsläufig in einem Zusammenhang mit dem biologischen Geschlecht oder der sexuellen Vorliebe. So kann „die Person“ und „die Führungskraft“ auch ein Mann sein und „die Teilnehmer“ kann eine Gruppe von Männern und Frauen umfassen.

65 Prozent der Deutschen „lehnen etwa Formulierungen wie Zuhörende statt Zuhörer und die Nutzung des großen Binnen-Is (WählerInnen) in der Schriftsprache ebenso ab, wie eine Kunstpause vor der zweiten Worthälfte (Pendlern_innen) in der gesprochenen Sprache.“³

Eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen ergab, dass 71 Prozent der Bürger Gendersprache in den Medien ablehnen.⁴ Selbst unter den Anhängern der Linkspartei und den Grünen lehnt jeweils eine Mehrheit die Gender-Sprache ab.⁵

Im privaten Raum kann jeder schreiben und sprechen, wie er möchte, eine Ideologisierung unserer Muttersprache durch staatliche Stellen ist jedoch einer Demokratie unwürdig und daher abzulehnen.

Für die Fraktion der Alternative für Deutschland gilt, dass Sprache zusammenführen und einen soll und nicht von oben einer politischen Ideologie unterworfen werden darf.

Marlon Buchholz

und Fraktion

² <https://www.cicero.de/innenpolitik/gendern-verwaltung-cdu-christoph-ploss-identitaetspolitik>

³ <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/gendern-an-der-uni-student-an-der-uni-kassel-ueber-punktabzug-17282305.html>

⁴ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/zdf-politbarometer-riesige-mehrheit-gegen-gender-sprache-in-medien-77127224.bild.html>

⁵ <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/weiter-vorbehalte-gegen-gendergerechte-sprache/>